

ßeren Herausforderungen verbunden, als wenn bereits eine Wahlpflicht existiert. Dabei geht es gar nicht so sehr um den Aspekt der Pflicht oder des Zwangs. Dass Zwang ein Wesensmerkmal des Politischen ist und gerade das Verhältnis zwischen dem Staat auf der einen Seite und den Bürger/innen auf der anderen Seite prägt, wissen wir alle als Steuerzahler/innen oder Verkehrsteilnehmer/innen nur allzu gut.

Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Einführung einer Wahlpflicht – aller damit verbundenen positiven Konsequenzen zum Trotz – durch Parteien und Politiker/innen letztlich ein Eingeständnis ihres Scheiterns wäre – oder zumindest so dargestellt würde: »Ihr schafft es nicht alleine, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, also zwingt ihr sie jetzt einfach dazu, Euch zu wählen« – mit solchen oder ähnlichen Sätzen wäre mit Sicherheit zu rechnen. Das ist ein sehr schwerwiegendes

Argument, das zur Folge hat, dass nicht zu erwarten ist, dass eine Wahlpflicht aus der parteipolitischen Arena heraus eingeführt wird. Ist das das Ende der Wahlpflicht? Nicht zwingend. Zumindest auf der Ebene der deutschen Bundesländer gibt es durchaus Alternativen. Ein Blick etwa auf den Stadtstaat Hamburg zeigt, dass sich die Regeln rund um Wahlen auch durch direktdemokratische Verfahren verändern lassen. Das Hamburger Wahlrecht bei Bürgerschaftswahlen mit all seinen komplexen und komplizierten Facetten ist letztlich über eine direktdemokratische Initiative des Vereins »Mehr Demokratie« auf den Weg gebracht worden. Auf diese Art aus der Zivilgesellschaft heraus eine Wahlpflicht zu fordern, so eine umfassende Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Wahlpflicht zu initiieren und sie dann letztlich auch einzuführen, erscheint als eine überaus charmante Idee. Vielleicht ja auch für einen Verein wie »Mehr Demokratie«?



Thorsten Faas

ist Professor für Politikwissenschaft im Bereich Empirische Politikforschung an der Universität Mainz.

thorsten.faas@googlemail.com

Hacı-Halil Uslucan

Oyunuzu kime verirsiniz? – Wen wählst du?

Politische Partizipation von Zuwanderern

Die Frage, welche Relevanz der politischen Partizipation von Zuwanderern zukommt, ist ziemlich evident; gehört doch das Mitwirken und Gestalten der Bürger/innen an politischen Entscheidungen zu den zentralen Bestandteilen jeder Demokratie und der Legitimation politisch Handelnder.

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert sich rapide, die Bevölke-

rung wird immer älter und kulturell-politische Orientierungen werden aufgrund von Zuwanderung immer heterogener. Deshalb ist es demokratietheoretisch unausweichlich, über die Chancen und Hemmnisse erweiterter politischer Beteiligung nachzudenken und unterrepräsentierte Gruppen, zu denen vor allem Zuwanderer zählen, die bislang durch ungleiche Ausgangspositionen wie etwa mangelndes aktives wie

passives Wahlrecht für Nicht-Eingebürgerte, stärker in den politischen Diskurs einzubinden.

Denn auf die Potenziale von Zuwanderern bei der politischen Beteiligung kann man, allein mit Blick auf ihre Zahl, nicht mehr verzichten: Mit etwas mehr als 16 Millionen Menschen bilden sie ein Fünftel der Gesamtgesellschaft in Deutschland. Zudem sind sie jünger als die Einheimischen.

Die größte Einzelgruppe stellen mit knapp drei Millionen Menschen die türkeistämmigen Zuwanderer dar, auf die sich dieser Beitrag im Folgenden vor allem konzentriert. Von ihnen haben etwas mehr als

Potenziale nutzen

die Hälfte eine deutsche Staatsbürgerschaft, sind also bereits oder, aufgrund ihres jungen Alters bald Wähler. Dies stellt im doppelten Sinne ein enormes Potenzial dar: Zum einen können sie künftig als politische Subjekte mit ihrer Partizipation die Geschicke des Landes mit beeinflussen und Änderungen der politischen Rahmenbedingungen herbeiführen, zum anderen bilden sie ein Potenzial für politische Parteien, wenn diese auf ihre Bedürfnisse angemessen eingehen und die für sie vordringlichen politischen Themen mitberücksichtigen.

Dieses Potenzial wurde lange zu wenig berücksichtigt; aber in den letzten 10 bis 15 Jahren ist auch in Deutschland eine deutliche Veränderung spürbar; politische Parteien buhlen zunehmend um ihre Aufmerksamkeit, da immer mehr Zuwanderer durch Einbürgerung wahlberechtigt werden.

Gegenwärtig beträgt beispielsweise der Anteil der Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund rund 5 % (35 Abgeordnete); der Anteil der Türkeistämmigen mit 11 Abgeordneten 1,75 %. Zwar beträgt der Anteil der Türkeistämmigen in der Gesamtbevölkerung rund 3,75 %; da jedoch nur etwa die Hälfte eingebürgert und somit wahlberechtigt ist, scheint mit

dieser Rate hinsichtlich der politischen Repräsentation auf Bundesebene eine verhältnismäßige Adäquanz erreicht worden zu sein. Natürlich lassen sich die Interessen von Zuwanderern, beispielsweise nach mehr Arbeitsplätzen, einer besseren Wohnsituation, ausgebauten Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder etc. auch von einheimischen Politikern vertreten, weil sie sich nicht oft von denen der einheimischen Bevölkerung unterscheiden. Gleichzeitig kommt der Präsenz von Personen mit Zuwanderungsgeschichte in der politischen Öffentlichkeit aber eine hohe integrationstheoretische, psychologische und symbolische Bedeutung zu; geht davon doch das Signal aus, dass Zuwanderer sich zugehörig fühlen, die Gesellschaft mitgestalten wollen und sich nicht nur als Objekte der Politik, sondern als handlungsmächtige Subjekte erleben, die Kontrolle über ihre Umwelt ausüben. Außerdem können sie für andere Zuwanderer als Vorbilder fungieren und diese animieren, auch (partei-)politisch aktiv zu werden.

Zugleich ist jedoch kritisch festzuhalten, dass nichtwahlberechtigte Zuwanderer, deren Lebensmittelpunkt Deutschland ist, von der Rechtswirklichkeit, etwa Steuererhöhungen, genauso betroffen sind wie alle anderen auch, ohne aber über ihr politisches Mandat an der Konstitution der Rechtsorgane mitgewirkt zu haben bzw. mitwirken zu können, ohne diese also eigens legitimiert zu haben. Denn die bisherigen, auf kommunaler Ebene eingerichteten Integrationsbeiräte können nur äußerst begrenzten Einfluss auf politische Prozesse ausüben. Deshalb ist ihre volle Partizipation (etwa über erleichterte Einbürgerung) zu wünschen und zu fordern. Sie könnten dadurch nicht nur ihre Interessen effektiver vertreten, sondern auch den Druck und Anreiz auf politische Parteien und Politiker erhöhen, sich um ihre Belange zu kümmern.

Nach diesem kurzen theoretischen Vorspann sollen einige empirische Daten

zur Partizipation Türkeistämmiger in NRW vorgestellt werden, wobei zum einen auf das politische Interesse und die politische

Politische Einstellungen

Problemwahrnehmung und zum anderen auf die politischen Präferenzen geschaut werden soll. Die Daten sind im Jahre 2010 an einer repräsentativen Stichprobe von erwachsenen Türkeistämmigen (N = 1.015) mittels einer Telefonumfrage erhoben worden.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren im Landtag von Nordrhein-Westfalen sechs Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund vertreten, davon drei in der Fraktion DIE LINKE, einer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei von der SPD.

Die in einer Zufallsstichprobe kontaktierten Türkeistämmigen wurden u.a. nach ihrem Interesse an der deutschen und türkischen Politik gefragt. Im Ergebnis zeigte sich, dass das Interesse an deutscher Politik etwas geringer ausgeprägt war als das an der türkischen. So zeigten sich 45 % der Befragten nur wenig an deutscher Politik interessiert; ein mittleres Interesse hatten 39 %, ein starkes Interesse nur 16 %. Hingegen interessierten sich für die türkische Politik 30 % stark, etwa 38 % zeigten nur ein mittleres Interesse und etwa ein Drittel zeigte wenig Interesse für die türkische Politik.

Eine genauere Analyse zeigt deutlich die Überlappung des politischen Interesses bezüglich der beiden Länder: So wiesen 60 % derjenigen, die sich für deutsche Politik stark interessierten, auch ein starkes Interesse für die türkische Politik auf. Auf der anderen Seite hatten 52 % derjenigen, die ein geringes Interesse für deutsche Politik aufwiesen, auch nur ein geringes Interesse an der türkischen Politik.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass das starke Interesse an deutscher Politik insbesondere von 2008 mit 9 % auf 16 % im Jahre 2010 angestiegen ist, also eine weitere Politisierung bei den ohnehin politisch Interessierten stattgefunden hat. Doch über den gesamten

Zeitraum von 1999 bis 2010 zeigen sich mit Blick auf das Interesse an deutscher Politik eher wenige Veränderungen.

Im geschlechtsspezifischen Vergleich hatten Frauen, sowohl im Hinblick auf die deutsche als auch die türkische Politik, ein geringeres Interesse als Männer. Mit Blick auf das Alter erwiesen sich Jüngere an deutscher Politik deutlich interessierter als Ältere.

Was den Einfluss der Schulbildung betrifft, so hatte diese erwartungsgemäß positive Auswirkung auf das Interesse an der deutschen wie auch an der türkischen Politik. Mit höherer Bildung ging ein größeres Interesse einher. Dieser Einfluss war jedoch bei der deutschen Politik stärker als bei der türkischen.

Die gesellschaftlichen Probleme und Nöte betreffen in der Regel Zuwanderer genau so stark wie alle anderen Bürger; dennoch gibt es einige Felder,

in denen sie, aufgrund *Parteilichter, unterschiedlicher rechtlicher, bildungsmäßiger*

Präferenzen und sozialer Ausgangslagen, stärker betroffen sind. Vor diesem Hintergrund ist denkbar, dass die Wahrnehmung und Lösung bestimmter Problemlagen für sie dringlicher erscheinen. Deshalb wurden die Befragten gebeten, für verschiedene politische Problemlagen die Wichtigkeit ihrer Lösung anzugeben.

Deutlich wird aus Sicht der Türkeistämmigen in NRW, dass für sie die Probleme des Arbeitsmarktes – Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel –, aber auch die Verbesserung der Bildungschancen die höchsten Prioritäten haben. Vermutlich sind sie, durch den Strukturwandel der Region und seine Folgen (Abbau der Schwerindustrie, Kohlebergbau etc.) am stärksten davon betroffen. Aber auch Themen wie Bekämpfung der Jugendgewalt, Ausländerfeindlichkeit und Kriminalität erwiesen sich für sie als dringliche Themen, denn zwischen 98 % und 92 % beurteilten diese als wichtig.

Die Präferenz für politische Parteien erfolgt bei Türkeistämmigen nach wie vor weitestgehend an den wahrgenommenen Haltungen und Programmen der Parteien zu Fragen von Multikulturalismus, Integration, Minderheitenrechten etc., auch wenn ein Großteil eingebürgert und de jure im Besitz vollständiger Rechte ist. Dies prägt die Parteibindung der Zuwanderer nach wie vor. Während beispielsweise Aussiedler deutlich stärker zum konservativ-bürgerlichen Lager tendieren (aufgrund der aussiedlerfreundlichen Haltung der CDU), ist bei Türkeistämmigen eine Favorisierung des eher sozialdemokratisch-linken Lagers festzustellen.

Diese Tendenzen verdeutlichen auch unsere Ergebnisse aus NRW, in der den Befragten die berühmte »Sonntagsfrage« für die Landtagswahl gestellt wurde, und zwar unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht.

Deutlich wird die Präferenz für »Rot-Grün« (37 bzw. 20 %); mit knapp 6 % folgt DIE LINKE; der CDU würden nur etwa 4 % der Türkeistämmigen ihre Stimme geben. Zugleich liegt jedoch die Rate derjenigen, die zu keiner Partei eine Nähe aufweisen bzw. nicht wählen würden oder sich nicht festlegen können, bei knapp einem Drittel der Befragten.

Gleichwohl ist aber die ideologische Orientierung bei fast zwei Dritteln der

Türkeistämmigen eher als »konservativ-traditionell« zu bezeichnen, wie etwa die Analyse des Wahlverhaltens der Auslandstürken von Nermin Abadan-Unat zeigt, wonach zwischen 50 % bis 70 % in Deutschland die gegenwärtig regierende AKP gewählt haben. Insofern bilden auch für konservative Parteien in Deutschland bei einer entsprechenden Ansprache und Modifikation ihres Parteiprogramms die Türkeistämmigen ein großes Wählerpotenzial.

Wird die Parteipräferenz im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft analysiert, so zeigt sich, ausgehend von einer mangelnden Einbindung in den politischen Prozess aufgrund der ausländischen Staatsbürgerschaft und deshalb einem geringen Interesse am politischen Geschehen, dass bei den Eingebürgerten – und damit tatsächlich Wahlberechtigten – der Anteil der Unentschlossenen und der Nichtwähler niedriger ist als unter den türkischen Staatsbürgern.

Die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen erhöht also auch die politische Partizipation. Will eine Demokratie ihre Legitimationsbasis vergrößern, so muss sie also ein genuines Interesse daran haben, die bisher nur zaghafte ausgeschöpften Potenziale der Zuwanderer deutlich stärker anzusprechen und sie in den politischen Prozess einbinden.



Haci-Halil Uslucan

ist wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen.

haci.uslucan@uni-due.de